Kreisparteitag
... stellt Kandidaten für Kreistagswahl auf und beschließt Wahlprogramm S. 2

OSTERMARSCH AM 20. APRIL
Für Frieden und Freiheit weltweit – Aufrüstung stoppen! S. 4

GESUNDHEITSMOBIL
... mit mehr Kompetenzen auf Tour schicken. S. 3

der WELLENBRECHER
Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

DIE LINKE. Kreisverband Nordwestmecklenburg

7. Jahrgang / Ausgabe 43 - Nr. 1 / 2019 www.die-linke-nwm.de

Drei Tage Bonn

Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre!

v.l.n.r.: 6. Al-Dailami, Ali, 8. Fiedler, Malte, 2. Demirel, Özlem Alev, 4. Scholz, Helmut, 1. Schirdewan, Martin, 7. Haydt, Claudia, 5. Michels, Martina, 3. Ernst, Cornelia, 9. Kolter, Marianne, 10 Yilmaz, Murat (Zahl = Listenplatz)

An einem denkwürdigen Ort in der ehemaligen Bundeshauptstadt traf sich unsere Partei zu ihrem Bundesparteitag und zur Aufstellung der KandidatInnen zur Europawahl.

Das World Conference Center als Tagungsort scheint manchen wie ein Synonym für die Situation der Europäischen Union, hoffnungsvoller Start, viele Fehlentscheidungen, windige Investoren mit Bankrott und am Ende ein guter, wenn auch sehr, sehr teuer gewordener Ort für einen Parteitag.

Die Debatten im Vorfeld des Parteitages und auf dem Parteitag waren emotional und fundamental – doch am Ende kam es zu einem tragfähigen Kompromiss. Wir hatten Dutzende von Änderungsanträgen zu beraten und es ging um die Grundsatzfrage – für oder gegen Europa.

Am Ende des Tages treten wir für ein anderes Europa an. Wir wollen ein Europa, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht, ein Europa für die Millionen Menschen, denen Frieden und Sicherheit ein Anliegen ist. Ein soziales Europa, das sich um Menschenrechte, Klimaschutz und soziale Sicherheit sorgt. Ein Europa in dem Demokratie, anders als bisher, zur Umsetzung kommt, dass von den Menschen getragen und nicht Konzerninteressen geopfert wird. Die Krise der EU darf nicht benutzt werden, um langgehegten Aufrüstungsideen zu neuer Blüte zu verhelfen. Wir kämpfen für ein Europa des Friedens und des sozialen Miteinanders. Die Idee Europas darf nicht den Extremisten von Rechts, oder dem Neoliberalismus überlassen werden.

Mit Europa verbinden sich Hoffnungen und Wünsche vieler Menschen, z.B. von Millionen, die gegen die Privatisierung von Wasser kämpfen oder für bessere Sozialleistungen streiten. Diesen Menschen beizustehen und sie zu unterstützen, ihr Sprachrohr im Parlament zu sein, das ist unser Engagement.

Der Parteitag hat um viele Detailfragen ganz demokratisch und sehr diszipliniert gerungen, das Ergebnis kann sich sehen lassen. (www.die-linke.de) Nach all den engagierten Debatten fehlte leider die Zeit, um wichtige andere Anträge zu beraten. Diese wurden verwiesen an Bundesausschuss und Bundesvorstand. Diese Lösung hat nicht allen gefallen, aber so ist das in einer Demokratie und für alles reicht die Zeit ohnehin nie. Die sich anschließende Aufstellung der EuropakandidatInnen startete mit einem beeindruckenden Appell der Kapitänin Pia Klemp von der Sea Watch, die neben den Reden von Gregor Gysi und Dietmar Bartsch den meisten Beifall für sich verbuchen konnte.

Die SpitzenkandidatInnen zur Wahl sind: Martin Schirdewan und Özlem Alev Demirel. Helmut Scholz, der von uns unterstützt wurde, steht auf Platz 4 der Liste und Hannes Nehls aus Rostock auf Platz 14.

Ein subjektiver Kurzbericht eures Delegierten Horst Krumpen

Unsere Spitzenkandidaten für den Kreistag Nordwestmecklenburg

Hansestadt Wismar:
Renate Lüders, Rechtsanwältin

Hansestadt Wismar:
Horst Krumpen, Kaufmann

Klützer Winkel/Dorf Mecklenburg- Bad Kleinen, Grevesmühlen:
Simone Oldenburg, Lehrerin, Gägelow

Leben soll sozialer, gerechter und lebenswerter werden

Kreisparteitag stellt Kandidaten für Kreistagswahl auf und beschließt Wahlprogramm

Von Uwe Boldt

Die Teilnehmer des Kreisparteitages am 26.01.2019 hatten die Aufgabe, die Kandidaten für sieben Wahlkreise des Kreistages in Nordwestmecklenburg und für 8 Gemeindevertretungen mit weniger als 3 Parteimitglieder in ihrem Wahlbereich, zu wählen. Mit großer Ausdauer und Disziplin konnten die Teilnehmer die vielen Wahlgänge ordnungsgemäß absolvieren. Die Diskussion zum Programmentwurf wurde mit der Eröffnungsrede des Kreisvorsitzenden Horst Krumpen begonnen und während der gesamten fast sechsstündigen Veranstaltung bis zur Beschlussfassung fortgeführt.

Horst stellte heraus, dass alle Schwerpunkte des Programms auf die Verbesserung der konkreten Lebensverhältnisse der Menschen in unserem Kreis zielen. Es geht in allen Punkten um eine sozialere, gerechtere und lebenswertere Zukunft in unserem Kreis. Neben den Problemen der Mobilität (öffentlicher Personennahverkehr) geht es auch um **Arbeit, Wirtschaft und Erholung, um Kinder und Jugend, um Bildung, um Demokratie und kommunale Selbstverwaltung sowie um ein attraktives und soziales Umfeld**, dass mit all seinen Facetten für mehr Lebensqualität für unsere Einwohner sorgt.

Horst hat in seinem Redebeitrag deutlich gemacht, dass es in der Vergangenheit erhebliche Probleme mit der Kreisverwaltung und insbesondere mit der Landrätin bei der Umsetzung von sozial geprägten Beschlüssen des Kreistages gab. So gelang es der Kreisverwaltung nicht, die Anspruchsberechtigten eines Sozialtickets für den ÖPNV (alle bedürftigen Hilfebezieher staatlicher Leistungen) zu ermitteln, so dass nur beim Verkauf einer Monatskarte für Bedürftige eine Ermäßigung möglich wurde. Arbeitslose sind nicht täglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs, so dass die Finanzierung einer Monatskarte nicht nur unsinnig, sondern auch eine finanzielle Überforderung der Betroffenen darstellt. Deshalb sind 2018 nur 70 Tickets verkauft worden. Damit ist die übergroße Mehrzahl der Hilfeempfänger von dieser Leistung durch Verwaltungshandeln ausgeschlossen worden. Das ist nicht akzeptabel.

Hier ist dringend Nachbesserung erforderlich, genau wie bei der Ausgestaltung des Nahverkehrsplanes. Viele Menschen ohne PKW sind im ländlichen Raum an den Abenden und Wochenenden von der Teilhabe am öffentlichen Leben außerhalb ihres Dorfes ausgeschlossen. Taktzeiten, Liniennetz, Tarif und Verkehrsverbünde, insbesondere in die benachbarte Landeshauptstadt sind deutlich zu verbessern, das heißt, den Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

Im weiteren hat Horst darauf aufmerksam gemacht, dass die Entwicklung der Werft in Wismar eine erhebliche Herausforderung für den Kreis darstellt. Ausbau der Infrastruktur für die Arbeitskräfteansiedlung (Wohnung, Kinderbetreuung, Verkehrsgestaltung, Ausbildung usw.), Entwicklung von Standorten für die Zulieferindustrie, Pendler- und Güterverkehr, und vieles mehr.

Für diese komplexen Aufgaben ist u.a. auch die erforderliche finanzielle und personelle Stärkung der Wirtschaftsfördergesellschaften als Investitionen in die Zukunft zu begreifen. Sie müssen in ihrer Verantwortung breiter aufgestellt werden und nicht nur als Verwaltung zur Grundstücksverwertung dienen.

Darüber hinaus ist es erforderlich endlich ein abgestimmtes Tourismuskonzept für den Kreis zu erarbeiten. Es kommt darauf an, alle Angebote für Urlauber besser miteinander zu vernetzen, neue inhaltlich und zeitlich abgestimmte Angebote zu entwickeln und somit die Attraktivität der Region für Gäste aus dem Inn- und Ausland weiter zu erhöhen.

Weitere Schwerpunkte in den Ausführungen von Horst Krumpen bildeten neben der Bildung und Jugend auch die Digitalisierung sowie die deutliche Verbesserung des Verwaltungshandelns in der Kreisverwaltung. Hier ist mehr Bürgernähe gefordert. Es ist schneller und effizienter auf Bürgeranliegen zu reagieren. Der flächendeckende Netzausbau im Gigabit-Bereich (5G) ist für alle Lebensbereiche wie Wirtschaft, Bildung, Verwaltung, Tourismus und Landwirtschaft von grundlegender Bedeutung. So ist bereits in anderen Ländern der EU das autonome Fahren von Landwirtschaftsmaschinen auf den Äckern Alltag, denn dort ist bereits an jeder Milchkanne schnelles Netz vorhanden.

Die Teilnehmer des Parteitages folgten der Aufforderung, über das Programm während der Sitzung um Inhalte und Formulierungen zu streiten, um danach im Wahlkampf geschlossen für dessen Verbreitung und Umsetzung zu ringen.

Bei den Vorstellungen der Spitzenkandidaten für die sieben Wahlkreise für den Kreistag machte unter anderem Björn Griese als Fraktionsvorsitzender im Kreistag darauf aufmerksam, dass die künftige Fraktion noch stärker ihren verfassungsmäßigen Auftrag zur Kontrolle der Arbeit der Landrätin und deren Verwaltung ausüben muss. Ignoranz und Verweigerung gegenüber dem Kreistag, wie bereits in den Ausführungen von Horst Krumpen dargestellt, müssen in Zukunft noch stärker begegnet werden.

Simone Oldenburg, Fraktionsvorsitzende im Landtag, betonte in ihrer Rede, dass die geschlossen handelnde Kreistagsfraktion immer stärker das soziale Gewissen im Landkreis ist. Im Gegensatz zur SPD, mit der im Kreistag nur schwerlich zusammengearbeitet werden kann, übernimmt unsere Fraktion Verantwortung. Wir kümmern uns um die Verbesserung des ÖPNV, ein besseres Sozialtickets, kostenfreien Schülertransport bis in den Abend hinein, Bildung, Jugendhilfe usw. Wir wollen das Leben in Nordwestmecklenburg nachhaltig sozialer und gerechter gestalten.

Das Wahlprogramm wurde einstimmig bestätigt.

Die LINKE macht den Unterschied, soziale Gerechtigkeit ist wählbar.

Gesundheitsmobil – wie weiter?

Im Vorfeld der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2019/20 für den Landkreis gab es zahlreiche Wünsche der Fraktionen, was alles in diesen aufgenommen werden solle. Natürlich konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden und es gab mehrere Abstimmungsrunden mit den Fraktionsvorsitzenden und der Landrätin.

Aus Sicht der LINKEN konnte dabei doch einiges Positives mit in den Kompromiss einfließen: Aufstockung der Jugendarbeit (von 13,29 € auf 15,- €) Tierheime im Landkreis, personelle Absicherung in den Bereichen Management Übergang Schule-Beruf, Öffentlicher Gesundheitsdienst sowie Jugendamt. Was bei diesem Kompromiss hinten runtergefallen ist, ist das Gesundheitsmobil.

Über dessen Nutzen gab und gibt es auch ganz unterschiedliche Auffassungen. Theoretisch soll das Mobil abgelegene Ortsteile und immobile Menschen im Flächenkreis erreichen und dort vornehmlich Beratung zu den Themen Gesundheit und Pflege anbieten. Doch wird das Gesundheitsmobil diesem Anspruch gerecht und ist dieser ausreichend?

So gibt es Beispiele aus anderen Regionen, bei denen das Gesundheitsmobil auch mit (ehrenamtlichen) Ärzten besetzt ist und damit deutlich mehr als „nur“ Beratung zu bieten hat. Auch der CDU-Kritik, das Gesundheitsmobil sei eine Konkurrenz für die ansässigen Ärzte, konnte man den Boden entziehen, wenn Ärzte aus dem Einsatzgebiet mitfahren würden. Eigentlich soll das Gesundheitsmobil auch heute schon Kontakte zu Ärzten oder anderen Gesundheitseinrichtungen vermitteln.

Ein angedachter Termin mit der zuständigen Mitarbeiterin aus dem Öffentlichen Gesundheitsdienst des Kreises und unserer Kreistagsfraktion kam leider nicht zustande. Gern hätten wir uns aus erster Hand über die Erfahrungen mit dem Gesundheitsmobil informiert.

Jedoch sind wir uns einig, dass das Grundanliegen des Gesundheitsmobils richtig ist – wir uns aber deutlich mehr vorstellen können, als reine Beratung auf Rädern. Von daher haben wir zum aktuellen Kreistag einen Antrag eingebracht, in dem wir die Landrätin auffordern - unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer Regionen - ein neues Konzept für das Mobil zu entwickeln. Darüber sollte dann der Kreistag letztendlich befinden und hoffentlich ein Gesundheitsmobil mit mehr Kompetenzen auf Tour schicken.

Denn: Wer will, findet Wege …

Von Björn Griese

DIE LINKE ist anders. DIE LINKE ist das, was du daraus machst.

Die Basisorganisation (BO) DIE LINKE. Amt Gadebusch hat auf ihrer Mitgliederversammlung einen neuen achtköpfigen Vorstand gewählt.

Die Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE hat einen neuen Vorstand ihrer Basisorganisation im Amt Gadebusch für die nächsten zwei Jahre gewählt und verständigte sich zu den Aufgaben in den Jahren 2019 bis 2021. Der alte und neue Vorsitzende Thomas Konieczny (3.v.l.) legte Rechenschaft über die Arbeit der BO in den letzten Jahren ab. Ein Schwerpunkt wird die Vorbereitung und die Gewinnung von Kandidaten für die Kommunalwahl im nächsten Jahr. Unter dem Motto, DIE LINKE ist anders. DIE LINKE ist das, was du daraus machst ‘‘ bieten wir die Möglichkeit sich in die Kommunalpolitik, auch als Parteiloser einzubringen und Einfluss auf Entscheidungen vor Ort zu nehmen.

Als Stellvertreter wurden Judith Keller (2.v.r.) und Dieter Lienshöft (1.v.l.) wiedergewählt. Außerdem ist es zu einer schönen Tradition geworden, Genossinnen und Genossen auch mal Danke zu sagen für ihre engagierte Arbeit in und für unsere Partei.

Rhetorik- und Wahlkampftraining

Im Rahmen der Kommunalwahlen und des anstehenden Wahlkampfes möchten wir euch Möglichkeit zu einem Rhetorik- und Wahlkampftraining bieten.

Wann und Wo?

13. April 2019, 10:30 - 17 Uhr - Schwerin, Landesgeschäftsstelle - Martinstraße 1/1A, 19053 Schwerin

Dieses Training vermittelt alle rhetorischen und argumentativen Kompetenzen, um einen linken Kommunalwahlkampf erfolgreich bestreiten zu können.

Anmelden über www.die-linke-mv.de

Sozial Gerecht und Lebenswert! Kommunalwahlkampf 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen am Beginn eines spannenden Wahljahres, wir wählen nicht nur das neue Europaparlament, sondern auch die Gemeindevertretungen. Wir werden als LINKE in allen Kommunen und im Kreis dafür streiten und kämpfen, dass die Menschen in unserem Landkreis, in unseren Kommunen ein besseres ein sozialeres, gerechteres Leben bekommen. Wir haben zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt und treten mit 5 Kandidaten auch zu den Bürgermeisterwahlen an.

Unsere wesentlichen Forderungen haben wir in unserem Kreiswahlprogramm festgehalten. Neben Mobilität für alle und dem Ausbau der Infrastruktur wollen wir mit Themen, die die Menschen vor Ort betreffen, unsere Wählerinnen und Wähler erreichen.

Die Kandidatenlisten sind aufgestellt, viele LINKE und parteilose Menschen werden sich vor Ort den Fragen stellen und mit Ihrer Persönlichkeit für uns gemeinsam einstehen. Im Namen des Kreisverbandes sage ich schon heute herzlichen Dank. Wir werden in den nächsten Wochen eine Sitzung aller BO-Vorsitzenden einberufen und uns mit den Details des Wahlkampfes beschäftigen. Der Landesverband unterstützt uns mit Plakaten und Flyern. Es kommt jetzt darauf an, die Umsetzung des Wahlkampfes auf die Straße zu bringen.

Gerade im Wahlkampf kommt es darauf an, klare Worte zu finden und eindeutige Positionen zu vertreten. Nur wenn wir alle zusammenstehen, erreichen wir die Menschen mit unseren Politikangeboten.

Auf geht´s! Lasst uns zusammen für unsere Ideen streiten!

Euer Kreisvorsitzender Horst Krumpen

Ostermarsch 2019

Weltweite Hochrüstung fordert Massenbewegung für Frieden

Friedensbewegung muss sich dem weltweiten Rüstungswahnsinn entgegenstellen.

Das Trump-Regime führt in einer brutalen Art und Weise die imperiale Weltmachtpolitik der Vorgängerregierungen der USA fort. Das macht Angst.

Selbst Wolfgang Ischinger, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, also kein linker Politiker, ließ sich im Februar diesen Jahres zu der Aussage hinreißen, dass die globale Ordnung sich auflöse.

Einseitige Kündigung bestehender, bewährter internationaler Verträge, Bedrohung, Nötigung und Erpressung in der Außenpolitik, sowie die permanente Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten kennzeichnen die aktuelle Außenpolitik der USA. Die deutsche Regierung, Transatlantiker in den Parteien und Medien sowie in der Wirtschaft standen bisher diesem, sich immer schneller drehenden politischen Wahnsinn des US-Präsidenten, treu zur Seite.

Erst jetzt, kurz vor den Europawahlen sowie einiger Wahlen in überwiegend ostdeutschen Bundesländern stellt sich eine leichte Distanz in den Äußerungen der Regierungspolitiker und in einigen Medien zur US-Politik dar. Als Letztes hat sich auch die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die seit Jahren, egal auf welchem Ministerposten sie saß, durch überragende fachliche Inkompetenz auffiel, am Abschlusstag der Münchener Sicherheitskonferenz besonnen und die am Vortag geäußerte Offenhaltung aller Rüstungsoptionen als deutsche Reaktion auf die gegenwärtige Entwicklung, zurückgenommen. Damit hat auch sie sich der aktuellen Sprachregelung der Bundesregierung, „keine atomare Aufrüstung in Deutschland zuzulassen“, angeschlossen.

Diese Entwicklung und die bereits verkündete Bereitschaft einiger osteuropäischer NATO-Staaten zur Stationierung US-amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen macht deutlich, wie desolat sich aktuell die EU und die NATO darstellen.

Der im Januar 2019 mit Frankreich in Aachen abgeschlossene Vertrag über Zusammenarbeit und Integration hat noch als größten Schwerpunkt die militärische- und Rüstungszusammenarbeit mit sehr konkreten Festlegungen zum Inhalt. Nicht nur die enge Verflechtungen der Rüstungsindustrie und des Rüstungsexportes ist im Vertrag vereinbart, sondern auch die Einrichtung eines gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsrates als politisches Steuerungsorgan der zweiseitigen Verpflichtungen. Die angestrebte, gemeinsame Außenpolitik, die Schaffung gemeinsamer Verteidigungsprogramme sowie die Schaffung gemeinsamer innerer und äußerer Sicherheit trägt sicherlich nicht zur Einigung der verbleibenden 27 EU-Staaten für eine einheitliche Sicherheits- und Außenpolitik bei.

In der deutschen Politik ist in den vergangenen Jahren keine noch so kleine Spur einer Initiative zur Abrüstung und für Frieden erkennbar. Die bis heute von der Regierung getragene Zielstellung, bis 2024 mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts jährlich für Rüstung auszugeben, lässt nicht erkennen, dass die kleine Veränderung der regierungspolitischen Aussagen auch eine Änderung der Politik nach sich zieht.

Deshalb ist es erforderlich, den Regierenden in ganz Deutschland mit den Ostermärschen den unabdingbaren Friedenswillen der Bevölkerung nachdrücklich deutlich zu machen.

In Wismar treffen wir uns am 20. April um 11.00 Uhr auf dem Weidendamm um dann gemeinsam zur Kundgebung auf dem Markt zu marschieren.

Auf der Hanseschau

Auch in diesem Jahr war die Hanseschau ein großer Zuschauermagnet. Am Informationsstand haben unsere Mitglieder das Gespräch mit den Bürgern gesucht und Flyer für die Kommunalwahl am 02. Mai 2019 verteilt. Insbesondere die Kandidaten für den Kreistag haben die Gelegenheit genutzt, sich bei den Wählern bekannt zu machen. Auch für junge Leute und Kinder war unser Stand mit Popcorn-Maschine und Glücksrad attraktiv.

Unsere Bilder zum Frauentag

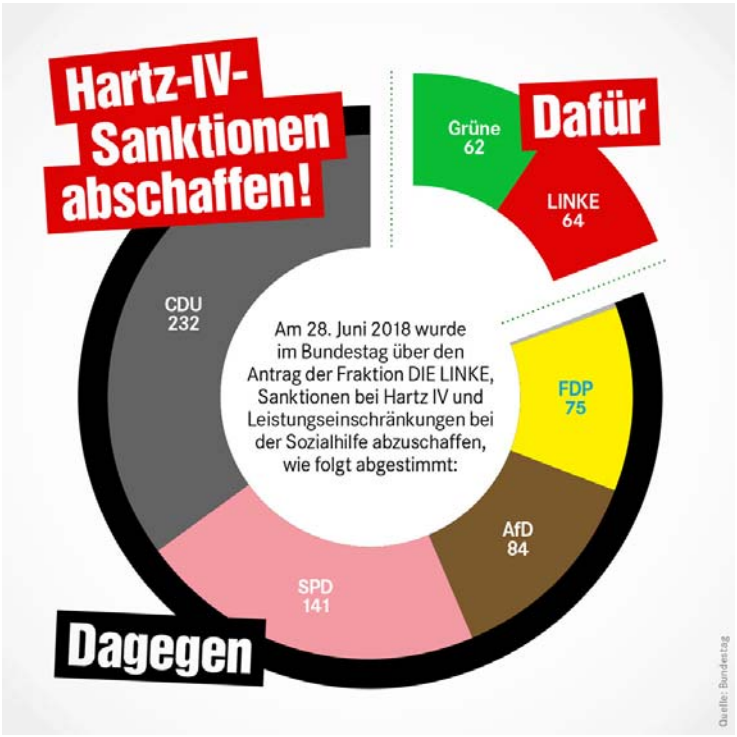
Über 500 Nelken haben wir am Internationalen Frauentag im Stadtgebiet Gadebusch verteilt und viel Unterstützung für die die Forderung der Linken im Landtag erfahren, den Internationale Frauentag zum gesetzlichen Feiertag in MV zu machen. Stationen waren z.B. die Volkssolidarität, das Ärztehaus, Verkaufseinrichtungen, die Frau auf der Straße, die Möbel- und die Kleiderbörse, der Friseursalon, die Tierarztpraxis, das Rathaus usw. Es wurden gute Gespräche geführt und wir haben viele Anregungen für die kommende Kommunalwahl aufgenommen.

Simone Oldenburg, Vorsitzende der Landtagsfraktion und Horst Krumpen, Vorsitzender unseres Kreisverbandes, gratulierten mit weiteren Genossen den Wismarer Frauen am Karstadt-Platz zum Internationalen Frauentag. Eine rote Nelke und eine Grußkarte wurden von den Frauen gerne entgegen genommen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass Männer und Frauen für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt, am 26. Mai mehr Frauen in die Parlamente gewählt werden und das der Frauentag ein Feiertag wird.

Simone Oldenburg: „Was wir wollen!“

Vor uns liegt ein aufregendes Jahr. Es ist das Jahr der Kommunalwahl, der Europawahl, aber auch für uns als Partei und Fraktion ein Jahr der Richtungs - und Entscheidungswahl.

Im vergangenen Jahr machten wir im Bund von uns Reden – kein Stein blieb auf dem anderen. Die Linke war in einer Krise. Auch, um aus dieser Krise zu finden, brauchen wir Entscheidungen, müssen unsere Richtung bestimmen und dürfen uns nicht davor verstecken, strittige Themen zu diskutieren – ohne die Angst zu haben - daran zu zerbrechen. Nur, wer den Mut hat, sich Auseinandersetzungen zu stellen, wird sich richtig entscheiden. Wir müssen uns die Frage stellen: Was wollen wir? Wollen wir eine Partei sein, die durch Streit oder durch Diskussion Aufmerksamkeit erregt? Sind wir Opposition oder sind wir eine Regierung im Wartestand? Sind wir jung, hipp und urban oder wagen wir den Mix mit Erfahrenem? Wollen wir eine Politik für die Städte oder auch eine für die Dörfer machen? Wollen wir uns mit den Themen beschäftigen, bei denen uns eine große Kompetenz zugeschrieben wird oder wollen wir neue inhaltliche Schwerpunkte erschließen? Wollen wir Armut bekämpfen oder die Regelsätze bei Hartz IV erhöhen? Wollen wir die Gesellschaft verändern oder uns in ihr einrichten? Wollen wir eine Gesellschaft, die vom Volk regiert wird oder eine, die von Volkskonzernen regiert wird? Wollen wir eine Ständegesellschaft oder ein soziales und gerechtes Leben, in dem weder Herkunft noch das Kapital des Einzelnen bestimmend für die eigene Zukunft und die seiner Kinder, Enkel und Urenkel ist? Diese Entscheidungen müssen wir treffen. Wir müssen bestimmen, welche Richtung wir einschlagen. Wir müssen entscheiden, was wir wollen. Das betrifft auch unser Verhältnis zur Sozialdemokratie. Besonders deutlich wurde es mir bei der Weihnachtsansprache der Ministerpräsidentin. Wir sind die Besten, die Größten, die Schönsten, die Klügsten, die Sportlichsten, die Reichsten, die Stolzesten… Also nicht wir jetzt, sondern die Manuela Schwesig – die kann einfach alles. Sie erzählt in ihrer Ansprache von ihren zahlreichen Festen und Feierlichkeiten und davon, was sie alles besucht hat – das nahm ja gar kein Ende… Auch besuchte sie den Bürgertreff der Kirchgemeinde Neubukow:



„Wo sich Menschen dafür stark machen, dass wirklich alle ins Leben einbezogen werden, gegen Vereinsamung und soziale Ausgrenzung. Eine warme Mahlzeit am Tag bringt auch die Menschen zusammen, die sonst für sich bleiben würden…“ (EdZ)

Sie lobt die Vereine, die das ausbügeln, was die verheerende Politik der SPD erst entstehen lassen hat. Soziale Ausgrenzung gäbe es ohne die Hartz IV-Politik wesentlich weniger. Rausgestoßen zu sein aus dem Leben – gäbe es ohne die Hartz IV-Politik und die vierfünf-Klassenmedizin der SPD nicht. Eine warme Mahlzeit am Tag wäre das Übliche und nicht das Besondere durch Hartz IV und seine Sanktionen. Vereinsamung würde nicht so häufig und ausgeprägt sein, wenn wir nicht die soziale und infrastrukturelle Kahlschlagpolitik – auch der SPD - gehabt hätten und immer noch haben. Sollen wir wirklich diese Partei als Partnerin wollen?

Wollen wir eine Partei, die Armut per Gesetz erfunden hat und auch noch daran festhält?

Wollen wir mit einer Partei gehen, die es zulässt, dass sich in den letzten 13 Jahren die Zahl der Vermögensmillionäre verdoppelt und die Zahl der armen Kinder sich auch verdoppelt? Wer die direkte Demokratie nicht stärken will, sondern ein Feigenblatt zur eigenen Beruhigung erfindet, wer uns erpresst – der kann nicht unser Mitstreiter sein. Wer das Geld hortet, statt Sozialwohnungen zu bauen, wer die Eltern und die Jugendlichen zur Kasse bittet – statt die Schüler- und Azubis kostenlos zu befördern – der kann uns mal gestohlen bleiben. Wer ländliche Räume abhängt und bei der Digitalisierung nur auf den Bund schaut, wer zusieht, wie wir auf eine Fachkräftemangel zusteuern und wir in der Medizin, in der Pflege, in der Bildung kurz vor dem Kollaps stehen, wer die Daseinsvorsorge aufs Spiel setzt und nur für sich Versorgungsposten schafft - der kann nicht unser Partner sein. Dieser Arroganz der Macht müssen wir in die Suppe spucken, indem wir so weitermachen wie bisher. Wir dürfen nicht die Frauen und Männer vergessen – auch wenn sie fern ab größerer Städte leben – weil auch das gute Leben im ländlichen Raum Daseinsvorsorge ist. Wir dürfen nicht die Kinder vergessen, die unabhängig von ihrer Herkunft ein gerechtes und vor allem gleichberechtigtes Leben führen sollen – weil lebenslanges Lernen Daseinsvorsorge ist. Wir dürfen nicht die Rentnerinnen und Rentner vergessen, die nicht nur zum Arzt hinkommen sollen, sondern am gleichen Tag auch zurück - weil Mobilität und auch Landärzte Daseinsvorsorge sind. Wir dürfen keine Kürzungen am Theater und den Orchestern zulassen – weil das alles Daseinsvorsorge ist. Wir dürfen keine Kürzungen in den Kommunalfinanzen dulden – weil sie die Daseinsvorsorge gewährleisten müssen. Wir dürfen Langzeitarbeitslose nicht sich selbst überlassen – weil die Mitmenschlichkeit Daseinsvorsorge ist. Wir dürfen die Feuerwehren, die Landwirte, die Erzieherinnen und Erzieher, die Krankenschwestern, die Maurer und Verkäufer, die Kellner und Unternehmer nicht vergessen – weil sie alle unser Dasein sichern. Die einzige Koalition, die wir eingehen, ist die Koalition mit den Frauen, den Männern, den Kindern und Jugendlichen – ist die Koalition mit den Menschen in unserem Land – für sie sind wir da. „Wir sind da für Sie“ – das ist unsere Richtung, das wollen wir.

Gewählt: Hannes Nehls (Platz 14) und Helmut Scholz (Platz 4) sind unsere Kandidaten für die Europawahl am 26. Mai 2019. Glückwunsch!

Poel/Neuburg/Neukloster-Warin:
Björn Griese,
Politikwissenschaftler, Warin

Gadebusch/Lützow-Lübstorf:
Judith Keller, Schulsozialarbeiterin,
Klein Salitz

Rehna/Schönberger Land:
Michael Heinze, Fachberater,
Schönberg

Zur aktuellen Lage in Venezuela

Im Irak und in Libyen wurden Schrecken und Chaos hinterlassen, in Syrien ist die Glut des Kriegsherdes noch nicht verraucht, da bereiten die USA mit ihren Vasallen bereits den nächsten Regimechange in Venezuela vor.

Wie erbärmlich ist eine solche Politik einer Großmacht und die deutsche Regierung ist mit sofortiger, ungeprüfter Fürsprache dabei. Dieses auch um die Gefahr, den deutschen Normalbürger zu desinformieren und ihm die wahren Zusammenhänge vorzuenthalten.

Da werden die Werte westlicher Demokratie stets hochgehalten, aber wenn es um Bündnispolitik geht, ist der demokratisch wiedergewählte venezolanische Präsident Maduro eben schnell mal durch einen sich selbst zum Präsidenten ernannten Oppositionsführer zu ersetzen.

Was lehrt uns das?

Bei allen Kriegsauseinandersetzungen der letzten Jahre geht es nicht um Menschenrechte, nicht um Schutz des Lebens, nicht um Demokratie, nicht um Kriege der Religionen, nein es geht um Erdöl und Erdgas, ganz primitiv um das Ausrauben anderer Staaten nach dem Motto: „Bist Du nicht willig, so brauche ich Gewalt“. Das sind ganz klar Verbrechen an anderen Staaten und Verletzungen der Menschenrechte, die gerade eine demokratische Regierung, wie die der BRD, aufs schärfste verurteilen müsste.

Aber ganz im Gegenteil, da behauptet der Außenminister, Heiko Mass, die Präsidentschaftswahl Maduros hätte keinerlei demokratische Legitimation, da die Wahl unter Ausschluss internationaler Beobachter und ohne ausreichende Gegenkandidaten stattgefunden hätte.

Gelogen. Über 150 internationale Vertreter begleiteten diese Wahl. Auch Vertreter der BRD waren eingeladen, lehnten aber ab. Es gab auch mehrere Gegenkandidaten, der bekannteste wohl Henri Falcon. Wie demokratisch fand demgegenüber dieser blasse Außenminister die Präsidentschaftswahlen in der Türkei, da sitzt die einstige Opposition fast geschlossen im Gefängnis, oder die in Honduras oder in Ägypten? Auch die Oppositionskandidaten anerkennen?

Nein, in Venezuela muss eine den USA willfährige Regierung her, um das erdölreichste Land der Erde besser ausbeuten zu können, um eigene Energieressourcen zu schonen. Es müssen sich die bisherigen langfristigen Einflussnahmen, die Embargopolitik und die Ausgaben der USA endlich lohnen.

Menschenrechte: Fehlanzeige! Die Bevölkerung Venezuelas wird seit Jahren systematisch ausgehungert. Die USA behalten einfach 20 Milliarden US Dollar aus Erdölgeschäften ein, Großbritannien behält einfach den Gegenwert von 1,2 Mrd. US-Dollar für den Kauf von Gold ein.

Da klingt es wie ein Hohn, wenn die USA dem leidenden venezolanischen Volk nun Lebensmittel und Medikamente anbieten und den TV-Konsumenten Bilder der Tienditas-Brücke an der Grenze zu Kolumbien gezeigt werden, einer Brücke die angeblich wegen dieser Notlieferungen verbarrikadiert worden sei. Diese Brücke war noch nie in Betrieb, noch nie geöffnet worden.

Es wäre höchste Zeit, dass in Europa zu solchen kriegsgefährlichen Situationen andere Töne angeschlagen werden. Die Gefahr ist berechtigt, sind doch die USA dabei, im Umfeld von Venezuela und in Absprache mit Brasilien und Kolumbien Spezialeinheiten zu stationieren.

10 Millionen Venezueler stehen aber nicht isoliert in diesem Spannungsfeld. Sie erfahren Unterstützung von Russland, China, der Türkei und Iran, die vor ausländischen Einmischungen warnen und den legitimen Präsidenten Maduro unterstützen.

Das alles bannt aber nicht die reale Kriegsgefahr. Wir alle sollten wachsam sein, voran die einzige Antikriegspartei in Deutschland – DIE LINKE.

DIE LINKE Amt Gadebusch wählt Kandidaten und tritt mit offener Liste für die Stadtvertretung Gadebusch und für die Gemeinde Roggendorf an

Alle Kandidaten v.l.n.r. Wolfgang Krüger, Udo Müller, Brigitte Mehwald, Timmi Torsten Hennig, Christiane Fichte, Heidi Horn, Thomas Konieczny, Sonja Weise

DIE LINKE Amt Gadebusch führte Ende Februar 2019 ihre Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtvertretung durch. Als Spitzenkandidaten schickt DIE LINKE ihre aktuellen Fraktionsspitzen, Sonja Weise und Thomas Konieczny, ins Rennen.

Die Basisorganisation hat mit Thomas Konieczny erstmalig einen Bürgermeisterkandidaten aufgestellt. Der 50-Jährige, geboren in Parchim und aufgewachsen in Gadebusch, ist seit über 15 Jahren mit der Stadtpolitik verbunden. Weiterhin wurden die Vertreter der Linken für die Gemeindevertretung Roggendorf gewählt. Hier treten Judith Keller und Ulf Herrmann (prtl.) an.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Die nächsten Veranstaltungen des Freundeskreises

Die erste Veranstaltung dieses Jahres am 15. Januar war mit der Vorführung des Films „Rosa Luxemburg“ gut besucht. Die über 60 Teilnehmer waren von der künstlerischen Darstellung der Lebensgeschichte der kämpferischen Sozialistin tief beeindruckt.

Wie können wir einen Beitrag zur Herstellung des Friedens in der Welt und zur Abrüstung leisten? Im Vorfeld des Ostermarsches, an dem die Wismarer am 20. April traditionell zu einer Friedensdemonstration aufgerufen werden, laden wir am Donnerstag, den 04. April zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Hochschule unter dem Titel „Neue Nuklearwaffen – ohne Wismar“ ein. Den Vortrag hält Sascha Hach, Mitglied im Vorstand der ICAN (internationale Kampagne für ein Verbot der Atomwaffen) in Deutschland. Zu diesem Thema bereitet unsere Fraktion in der Bürgerschaft einen Antrag vor, in dem die Bürgerschaft die Hansestadt Wismar zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

In einer gemeinsamen Veranstaltung des Bibliotheksvereins und der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird der bekannte Sänger und Lyriker Tino Eisbrenner am 08. Mai in der Stadtbibliothek sein

Buch „Das Lied vom Frieden“ vorstellen, dass auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse erschienen ist. In dem Buch beschreibt er seine Erlebnisse und Eindrücke auf den Musik-statt-Krieg-Tourneen, die er seit 2015 durch Deutschland, Österreich, und Osteuropa gemacht hat. Neben der Lesung wird er auch Kostproben seines musikalischen Repertoires darbieten.

In der Reihe Rosa-Looks bieten wir am Dienstag, den 14. Mai im Filmbüro das sozialkritische Filmdrama „Zwei Tage, eine Nacht“ an. In dem Film der belgischen Brüder Dardenne spielt Marion Cotillard die Arbeiterin Sandra. Sie erfährt, dass sie gefeuert wurde, aber wieder eingestellt werden könnte, wenn sie die Mehrheit ihrer 16 Kollegen überzeugen kann, auf ihre 1000 Euro Prämie zu verzichten. Dazu hat sie zwei Tage und eine Nacht Zeit.

Eine Hinterlassenschaft der Weltkriege sind Waffen und Munition, die in unserer unmittelbaren Nachbarschaft auf dem Meeresboden liegen. Zum Thema „Munition in der Ostsee“ lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Studierenden Vertretung der Hochschule (ASTA) am 05. Juni um 19 Uhr in der Hochschule zu einem Vortrag ein. Der Referent Dr. Ulf Gräbe von Institut für Ostseeforschung Warnemünde wird über den Umfang der Altlasten der letzten Kriege, die Gefahren und die notwendigen Maßnahmen informieren.

Zu einem Vortrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Ukraine laden wir 15. Mai nach Grevesmühlen ein. Herr Noack, Historiker und Politikwissenschaftler, informiert über die Hintergründe der Ereignisse 2014, stellt die verschiedenen Clanstrukturen dar und ordnet die Ergebnisse der Präsidentenwahl im März 2019 ein. Dabei erscheint die Ukraine als ein Land mit wenig Perspektiven, welches derzeit zwischen zwei konkurrierenden Wirtschaftsblöcken aufgerieben wird.

Von Peter Vorbau

Die Sammlungsbewegung ist aufgestanden

Von Karl-Heinz Bethke

Sonnabend, 16.02.2019, 11.45 Uhr auf dem Grunthalplatz vor dem Schweriner Hauptbahnhof. Über 200 Teilnehmer trafen sich, wie in 12 anderen Landeshauptstädten in Deutschland unter dem Motto: Wir sind viele, wir sind vielfältig und wir haben die Schnauze voll! zur Aktion Bunte Westen, von der Basis organisiert.

Aufgerufen hatte Ottopeter Flettner aus Neubrandenburg. Die Bewegung ist erst ein halbes Jahr alt und um so erstaunter war ich über die Worte von Gregor Gysi in einem Interview, die Sammlungsbewegung sei von oben beschlossen und „werde sich nach und nach erledigen.“ Natürlich fehlen noch Strukturen, aber die Basisgruppen in den verschiedensten Orten organisierten sich, ohne Weisung von oben. Ich sehe auch keine Konkurrenz zur LINKEN. Die Mehrzahl der Teilnehmer ist parteilos.

Bei den bisherigen Treffen gab es interessante Diskussionen und gute Ideen für weitere Aktivitäten. Verschiedene Aktionsbündnisse in Schwerin arbeiten zusammen in der Sammlungsbewegung Aufstehen und bereiteten die Demonstration vor. Bis jetzt wirkte jede Organisation für sich. Über die Sammlungsbewegung lässt sich vieles besser koordinieren. Aus Pingelshagen waren wir zu fünft angereist. Vertreter aus Rostock, Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald, Rügen und Parchim komplettierten den Marschzug bei schönstem Wetter durch die Schweriner Innenstadt bis zum Pfaffenteich.

Die Mitglieder der verschiedenen Basisgruppen hatten Gelegenheit, sich kennen zu lernen. Auf Transparenten und Spruchbändern dokumentierten die Teilnehmer ihre Forderungen. Die Sprechchöre vervollständigten auch für die am Rande stehenden Zuschauer das Verständnis für die Ziele der Sammlungsbewegung: Mehr Gemeinwohl, Respektierung des Völkerrechts, Demokratie und Gerechtigkeit, umweltbewusstes Wirtschaften. Benjamin Nolze stimmte das Lied vom einfachen Frieden an. Jedem war bewusst, dass der Frieden nicht mehr selbstverständlich ist. Deshalb gab es immer wieder Sprüche für die Abrüstung und für Frieden mit Russland.

Auch das gemeinsame Singen von „Wir wollen aufrecht gehen“ stärkte das Wir-Gefühl. Ich habe in den letzten Jahren keine Veranstaltung in der Linken erlebt, die so eine Ausstrahlungskraft auf die Teilnehmer hatte. Kaum einer der Passanten nahm die während des Marsches ausgeteilten Flyer nicht an.

Die Bewegung hat ein erstes Zeichen gesetzt und wir werden auch beim Ostermarsch 2019 in Schwerin ein weiteres Signal setzen.

Vor 100 Jahren wurde die KPD gegründet - Die Jahre 1918 bis 1925

Von Karl-Heinz Bethke

Untrennbar mit der Geschichte der LINKEN verbunden ist der 30.12.1918, als im Festsaal des Preußischen Landtages in Berlin die KPD gegründet wurde. In der deutschen Sozialdemokratie hatten sich, verstärkt durch die Ergebnisse des 1. Weltkrieges und der Handlungen in der Novemberrevolution, differenzierte und gegensätzliche Richtungen herausgebildet. Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten 1914 und ihr Verhalten im 1. Weltkrieg führten zur Abspaltung der USPD und später auch zur Entstehung des Spartakusbundes. Die Gründung der KPD war zugleich eine Antwort auf die Rolle der SPD um Ebert und Scheidemann in der Novemberrevolution. Schon im Dezember 1918 begannen unter der SPD-geführten Regierung aus dem Krieg wiederkehrende Truppen revolutionäre Erhebungen brutal zu zerschlagen. Für die noch um Programmatik ringende und eine eigene Organisation aufbauende Partei war es schwer, wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Novemberrevolution zu nehmen. Die Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung am 19.01.1919 gegen den erklärten Willen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verdeutlichte die Unterschätzung des Zugewinns an politischen Rechten und Freiheiten im Zuge der Revolution. Schon bei der Gründungsversammlung sprach sich eine Mehrheit unter den Eindrücken von Krieg, Hetze und Verfolgung gegen eine parlamentarische Mitarbeit, gegen eine Arbeit in den Gewerkschaften und eine Zusammenarbeit mit der SPD aus. Einig war man sich, bei dem Aufbau von einer Organisation in ganz Deutschland. Erschwerend wirkten sich die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl-Liebknecht und Leo Jogisch sowie der Tod von Franz Mehring für die weitere Entwicklung der Partei aus. Der Aufbau der KPD erfolgte unter den Bedingungen des Terrors bewaffneter konterrevolutionärer Gruppen und militärischer Verbände sowie einer beispiellosen antikommunistischen Hetze bürgerlich-junkerlicher Kräfte und rechter SPD Führer.

Von Lübeck und Stettin ausgehend, begann 1919 in Mecklenburg und Pommern die Gründung von KPD Ortsgruppen. Ihr Aufbau erfolgte auf Initiative beauftragter Genossen der Parteiführung. Die ersten Gruppen entstanden im Januar 1919 in Rostock und im Februar 1919 in Wismar, das sich dann zu einem wichtigen Schwerpunkt der revolutionären Arbeiterbewegung in Mecklenburg entwickelte. Zu den ersten im Frühjahr und Sommer gebildeten Ortsgruppen gehörten z.B. Güstrow, Plau, Crivitz und auch Metelsdorf bei Wismar. Die Herrschenden gingen mit äußerster Brutalität gegen die junge Partei vor. Auf Befehl des ehemaligen kaiserlichen Afrika-Generals und damaligen Kommandeurs der Reichswehrbrigade Schwerin, von Lettow-Vorbeck, wurden ein Parteitag der KPD Mecklenburg überfallen und fast alle Teilnehmer verhaftet. Ein

herber Rückschlag. Es musste eine auf die demographischen und sozialökonomischen Verhältnisse in Mecklenburg passende Strategie entwickelt werden. Trotz Verfolgung und Hetze erstarkte die KPD in Mecklenburg. Eine Bewährungsprobe stellte die Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 dar. Nach anfänglichen Zögern sah sich die Parteiführung aufgefordert, sich in die proletarische Abwehrfront einzureihen. Den Generalstreik organisierten die Gewerkschaften, wobei in vielen Orten Kommunisten vor Ort an vorderster Stelle standen. In Schwerin beschlossen alle Arbeiterparteien und die Gewerkschaften noch am 13.03.1920 ein Aktionsprogramm für den Generalstreik in Mecklenburg. 25.000 Arbeiter bewaffneten sich, der Putsch wurde abgewehrt. Die Kämpfe kosteten in Mecklenburg und Vorpommern über 100 Todesopfer, bewiesen aber ein hohes Gut: Mit einem einheitlichen Handeln kann viel erreicht werden. So vereinigten sich wie in ganz Deutschland im Dezember 1920 in Mecklenburg die KPD und der linke Flügel der USPD in Wismar zu einer gemeinsamen Partei. Deutschlandweit 350.000 Mitglieder - eine Massenpartei. Unter dem Einfluss der im März 1919 in Moskau gegründeten Kommunistischen Internationale entwickelte sich die Partei bis 1925 recht widersprüchlich. Karl Levi, kurzzeitig Vorsitzender und der Gruppe angehörend, die nicht dem bolschewistischen Parteimodell folgte, wurde ausgeschlossen. Im Oktober 1923 kam die Führung der KPD angesichts der grassierenden Inflation und den mächtigen Streiks, Demonstrationen und Aufständen im ganzen Land, zur Einschätzung, dass die Zeit für eine proletarische Revolution reif sei. Die dann nach den gescheiterten Aufstandsversuchen 1923 einsetzenden Verfolgungen und Verhaftungen vieler Mitglieder unter militärischen Ausnahmezuständen, führte die KPD in eine existenzbedrohende Krise. Auch in Mecklenburg und Vorpommern musste sie in die Illegalität, erreichte aber bei den Wahlen zum 3. Landtag von Mecklenburg-Schwerin im Februar 1924 13,6 %. Bis 1925 festigte sich die Partei wieder. Es setzten sich aber wie in ganz Deutschland, auch in Mecklenburg die von der Kommunistischen Internationale geförderten Kräfte um Ernst Thälmann durch.

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Januar und Februar sowie im März 2019 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Bruno Kerbstadt zum 95. Geburtstag. Zum 92. Geburtstag gratulieren wir Heinrich Lenke. Zum 90. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Manfred Fischer und zum 86. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Anita Horn und Horst Bachmann. Alle guten Wünsche zum 84. Geburtstag gehen an Lotti Bibow und zum 83.Geburtstag gratulieren wir Erika Prochnow und Wera Schild. Zum 82. Wiegenfest gehen alle guten Wünsche an Lieselotte Hamann, Gisela Lange und an Günter Kauert. Die besten Wünsche zum 81. Geburtstag gehen an Ursula Rose, Barbara Schiperski, Heinz Bentin, Manfred Liek und Günther Bruns. Günter Blaschzok, Detlef Bojahr und Dieter Großmann erhalten herzliche Glückwünsche zum 75. Geburtstag und zum 70. Wiegenfest übermitteln wir die besten Wünsche an Günter Bütow sowie Peter Weise. Zum 65. Geburtstag gratulieren wir ganz herzlich Marianne Hußfeld und zum 60. gehen alle guten Wünsche an Jörg Markmann. Herzliche Glückwünsche zum 55. Geburtstag übermitteln wir Dietmar Rehwald und zum 50. Wiegenfest gehen alle guten Wünsche an Simone Oldenburg. Zum 45. Geburtstag gratulieren wir ganz herzlich Sandra Montag und Sven Barquet.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Karl-Heinz Bethke, Uwe Boldt, Helga Brauer, Wolfgang Griese, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 15.05.2019